

solik aktuell



Schule ohne Notausgang

Berlin ist überall: Bleibt das gegliederte Schulsystem, bleiben auch die Probleme.
Von **Rose-Marie Seggelke**

Nachdem die Rütli-Oberschule in Berlin-Neukölln mit ihrem Brandbrief der LehrerInnen gegen Gewalt an Schulen Bewegung in die Berliner Schulstrukturdebatte gebracht hat, denkt inzwischen selbst Schulsenator Klaus Böger (SPD) öffentlich über die Sinnhaftigkeit des dreigliedrigen Schulsystems nach.

Er tut es wie immer nur halbherzig. Allenfalls wagt er, sich eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen vorzustellen. Das wäre ein winzig kleiner Schritt in die richtige Richtung, der allerdings auf wenig Gegenliebe bei den meisten Realschulen stoßen wird. Sie wollen die SchülerInnen nicht, die sie zum Teil selbst an die Hauptschulen durchgereicht haben.



Der DGB präsentiert: »Workingman's Death«. Der Film folgt Arbeitern in die illegalen Minen der Ukraine, spürt Schwefelarbeiter in Indonesien auf, besucht nigerianische Schlachthöfe, Werftarbeiter in Pakistan, Stahlwerker in China – fünf Bilder zur Arbeit im 21. Jahrhundert.

»Workingman's Death«. Ö/D 2005, R: Michael Glawogger, Kinostart: 18. Mai 2006

Foto: V. Marushenko

men Schule für alle wird nicht auf den Weg gebracht. Und es wird nicht dort investiert, wo die Kinder zu künftigen HauptschülerInnen werden – in der vorschulischen Bildung und in den Grundschulen.

Dabei dürfte allen BildungspolitikerInnen klar sein, dass nur ein gutes Bildungsangebot von Anfang an den Abstieg von Kindern und Jugendlichen ins soziale Abseits verhindern kann. Deshalb müssen vorrangig Kitas und Grundschulen ausreichend ausgestattet werden, um alle Kinder individuell fördern zu können. Das Gegenteil ist in Berlin der Fall. So sind 119 von 370 Grundschulen mit weniger als 100 Prozent der erforderlichen Lehrkräfte ausgestattet. Damit ist individuelle Förderung schwer möglich.

INHALT

3 **ausbildung + beruf**

»Großes Problem!«: Experten zum Drogenkonsum von Azubis

In elf Monaten Profi: Studieren ohne Abitur an der Akademie der Arbeit

4 **projekte**

Jugend ist gefährlich: Videowettbewerb zu Arbeitsunfällen

DGB: Terrornetzwerke ausheben! Neues gewerkschaftliches Anti-Nazi-Bündnis

5 **thema**

Massenhafter Erfolg: Französische Regierung beim Ersteinstellungsvertrag auf Rückzug

6 **jav-ratgeber**

Das dritte Gremium: Die Schwerbehindertenvertretung

7 **landesbezirke + gewerkschaften**

Jung, arbeitslos, hoffnungslos: Die Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie

Junge Gruppe in Potsdam: 12. GdP-Bundesjugendkonferenz

UNTERSTÜTZEN

Mindestlohn per SMS

Ab sofort kann die Initiative von ver.di und NGG für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn per SMS unterstützt werden! Einfach eine SMS mit dem Stichwort »Mindestlohn«, Vorname, Nachname, Wohnort an 7 26 26 schicken (»normale« SMS-Gebühr). Die Namen der UnterstützerInnen werden auf der Website www.mindestlohn.de veröffentlicht.

Wir müssen die Schulstrukturdebatte am Kochen halten. Jetzt ist der günstigste Moment, mit der Abschaffung des gegliederten Schulsystems zu beginnen. Personell und sächlich gut ausgestattete Grundschulen können zu Schulen für alle Kinder bis zur 10. Klasse ausgebaut werden. Gesamtschulen und Gymnasien können komplette Klassen benachbarter Grundschulen übernehmen. Das sind keine weltfremden Visionen. Es gibt in Deutschland etliche gute Beispiele dafür. In Berlin hat z.B. die Sophie-Scholl-Schule erfolgreich den mutigen Schritt gewagt, sich vom Gymnasium in eine Gesamtschule zu verwandeln.

Das Aussortieren von Kindern, die den Ansprüchen ihrer Schule nicht gerecht werden, muss ein Ende haben. Schule muss eine Schule ohne Notausgang werden. Der Rütli-Konflikt hat eines klar gemacht: Wer schweigt, bekommt keine Hilfe!

Rose-Marie Seggelke ist Vorsitzende der GEW Berlin.



Gegen Nazis

1. Mai ■ Über eine halbe Million Menschen nahmen am 1. Mai 2006 an den Demonstrationen des DGB teil. Thema der Veranstaltungen: Prekäre Lebensverhältnisse. Über 10.000 Menschen protestierten zudem in Rostock und Leipzig gegen Aufmärsche von Rechtsradikalen.

Kapuzenglatzen

Nazi-Motiv ■ Die Modemarke »Thor Steinar« aus Brandenburg vertreibt in ihrer aktuellen Kollektion eine Kapuzenjacke mit einem Motiv, auf dem ein Adler mit seinen Klauen einen »christlichen Fisch« greift. Dieses Bild hat sich die neonazistische Vereinigung »Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.« im Januar 2003 durch ihren Vorsitzenden, den Neonazi-Kader Jürgen Rieger, beim Deutschen Patent- und Markenamt sichern lassen. Die Modemarke »Thor Steinar« habe sich somit eines nachweislich neonazistisch geprägten Motivs bedient, darauf weist die Zeitschrift »Antifaschistisches Info-Blatt« hin.

Infos: www2.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/pms/12032006.php

Ausbildung modern



Frau Schavan

Nur Leerstellen ■ Die Bundesregierung will auf sinkende Lehrstellenzahlen mit einer Modernisierung der Ausbildung reagieren. Bundesbildungsministerin **Annette Schavan** (CDU): »Es muss für die Betriebe leichter werden auszubilden.« In diesem Jahr werden rund 593.000 neue Ausbildungsverträge gebraucht. Schavan kündigte an, den 2007 auslaufenden Ausbildungsakt mit der Wirtschaft verlängern zu wollen. Die rechnerische Lücke zwischen BewerberInnen und betrieblichen Ausbildungsplätzen betrug laut DGB-Jugend im März 2006 256.842 und ist somit um ca. 32.000 Stellen größer als noch vor einem Jahr.

Feste Größe: Umlage

IG BAU-Jugend ■ Die Baubranche hat zum Ende des Jahres 2005 nur geringfügig weniger Lehrlinge im Bauhauptgewerbe registriert als ein Jahr davor. 37.700 Auszubildende entsprechen einer Ausbildungsquote von rund 5%, und das, obwohl die Anzahl der Beschäftigten im Baugewerbe in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gesunken ist. Auf dem Bau hat sich das umlagefinanzierte Ausbildungssystem bewährt. Die Ausbildungsbetriebe werden spürbar entlastet und haben eine vergleichsweise hohe Ausbildungsquote. Seit 1976 gibt es im Bauhauptgewerbe einen solidarisch getragenen Fonds, in den alle Unternehmen einzahlen.

Kosten berechnen

Online-Studium ■ Mit einem Online-Rechner können Studierende ermitteln, welche Kosten bei der Rückzahlung eines Studienkredits auf sie zukommen. So können sie den monatlichen Kreditbetrag, den Zeitraum der Auszahlung sowie den Zinssatz eintragen. Damit lassen sich die Angebote verschiedener Banken vergleichen. Auch die Zeit des Studiums, die Höhe der Raten und der Ratenverlauf werden berücksichtigt.

Der Kostenrechner: www.fmh.de/studenten

Prof berechnen

Online bewerten ■ Studierende können jetzt ihre Professoren im Internet benoten. Die Hochschullehrer können anhand ihrer Lehrveranstaltungen mit den Noten von eins bis fünf bewertet werden. Ab einer Mindestanzahl an Bewertungen können die Professoren in Rankings wieder gefunden werden.

www.meinprof.de

WM-Pause

ver.di droht ■ Die Gewerkschaft ver.di droht im Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst mit einer Blockade des Kaiserslauterer Stadions während der Fußball-Weltmeisterschaft! Die Proteste der Arbeitnehmer richten sich u.a. gegen eine geplante Verlängerung der Arbeitszeiten.

DBJR warnt

Mittel gegen Rechtsextreme ■ »Die fremdenfeindlichen und rassistischen Anschläge der letzten Wochen haben gezeigt, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus mit allen Mitteln weiter geführt werden muss«, meint **Detlef Raabe**, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings. In einer aktuellen Erklärung kritisiert Raabe vor allem Überlegungen, die Mittel gegen Rechtsextremismus im Bundeshaushalt 2007 zu kürzen.

www.dbjr.de/Materialien

Mehr Abitur

Schülerzahlen ■ Am Ende des Schuljahres 2004/05 haben rund 399.200 Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben. Das waren nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes 3,2% (+ 12.300) mehr als im Schuljahr 2003/04. Im Vergleich zum Schuljahr 1999/2000 ist damit die Zahl der Absolventen mit Studienberechtigung um 14,8% (+ 51.600) gestiegen. Dabei fiel die Zunahme mit 5,0% in den neuen Ländern deutlich niedriger aus als im früheren Bundesgebiet (+ 17,8%).

Angst und Wahn

Drogenbeauftragte mahnt ■ **Sabine Bätzing**, Drogenbeauftragte der Bundesregierung, hat vor einer Verharmlosung des Konsums von Cannabis gewarnt – Cannabis könne zu Angststörungen oder Wahnvorstellungen führen und abhängig machen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Cannabis-Konsumenten in Deutschland um mehr als 70% erhöht. Bei den 16- bis 19-jährigen waren es im vergangenen Jahr geschätzte 20%, die zu einem Joint gegriffen hatten. Zwischen 12 und 25 Jahren waren es 13%. Regelmäßig kiffen 3% der 12- bis 25-Jährigen. Der Anteil junger Erwachsener von 18 bis 29 Jahre, die zu Cannabis greifen, stieg in der gleichen Zeit sogar um 170%. Und: Die Zahl der ratsuchenden Konsumenten in Drogen- und Jugendhilfeeinrichtungen nahm in den vergangenen zehn Jahren um 750% zu!

Jung & arbeitslos

Einstellungsverfahren ■ Bei der Einstellung jugendlicher Arbeitsloser müssen die Lohnkostenzuschüsse zwingend vor Vertragsabschluss beantragt werden. Nachträgliche Anträge können nicht bewilligt werden, hat das Hessische Landessozialgericht entschieden. Bleibt zu fragen: Wer stellt jugendliche Arbeitslose ein?

LAG Hessen AZ L 9 AL 108/03

Weggespart



Herr Bauer

Behinderte ■ Immer mehr Betriebe ziehen sich nach Angaben des Sozialverbandes Deutschland aus der Ausbildung von behinderten Menschen zurück. »Heute werden gerade noch 0,4% der jungen

Menschen mit Behinderungen in Betrieben ausgebildet«, so Verbandspräsident **Adolf Bauer**. Dies sei Folge der politisch gewollten drastischen Einsparungen der Bundesagentur für Arbeit. Im Gegenzug würden 99,6% der Jugendlichen mit Behinderungen in Berufsbildungswerken ausgebildet. Zunehmend durchliefen sie eine Schnellausbildung für bestimmte Arbeitsschritte und erhielten somit auch keinen qualifizierten Abschluss. Bauer: »Eine berufliche Perspektive bricht für sie somit völlig weg« (siehe auch Seite 6).

Personalie

HRK ■ **Margret Wintermantel** ist neue Präsidentin der Hochschulenrektorenkonferenz (HRK). Die 58-jährige Professorin für Psychologie ist die erste Frau an der Spitze der HRK. Wintermantel war bislang Präsidentin der Universität des Saarlandes.



Fr. Wintermantel

In elf Monaten Profi

Studieren ohne Abitur: Die gewerkschaftsnahe Akademie der Arbeit in Frankfurt/M. startet ins neue Studienprogramm.

Die Akademie der Arbeit (AdA) ist eine Einrichtung in der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M. Sie arbeitet in Kooperation mit der Frankfurter Fachhochschule.

Für das Studium an der AdA kann sich jede/r, die oder der eine abgeschlossene Berufsausbildung hat bewerben. Ursprünglich wurde sie eingerichtet, um insbesondere GewerkschafterInnen ein wissenschaftlich fundiertes Studium – auch ohne Abitur – zu ermöglichen.

Das Studium an der AdA ist eine wertvolle Grundlage für eine kompetente Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen in Betrieben und in der Gesellschaft und für eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in Gewerkschaften, öffentlichen Institutionen, Verwaltungen, Non-Profit-Organisationen und Verbänden.


Thematische Schwerpunkte des Studiums sind Wirtschaftswissenschaften und

Wirtschaftsrecht, Rechts- und Politikwissenschaft, Sozialpolitik und Finanzwissenschaften, Organisation und Management, Ethik und Verantwortung, Beteiligung und Arbeitsbeziehungen, Interessenvertretung. Einen wichtigen Stellenwert nehmen Schlüsselkompetenzen ein: managen, leiten und führen.

Das Studium dauert elf Monate, der Studienbeginn ist jeweils im Oktober. Die Weiterbildung an der AdA ist ein Vollzeitstudium. Es findet in der Regel an sechs Tagen in der Woche statt. Anders als andere Universitäten teilt die AdA das Studium in Trimester.

Neben einer umfassenden und sehr intensiven beruflichen Weiterqualifizierung vermittelt die AdA die fachgebundene Hochschulreife. Daneben soll das AdA-Studium auf einen speziellen Studiengang an der Fachhochschule Frankfurt/M. (Bachelor-Abschluss) angerechnet werden.


Wichtig: Studierende, die mindestens drei Jahre Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft sind und vom DGB zugelassen werden, können ein Stipendium erhalten. Das Stipendium beinhaltet ein monatliches Unterhaltsgeld von rund 400 Euro, Bücher-

geld, Fahrkostenerstattung für Heimfahrten, einen Zuschuss für die Krankenversicherung und für die Miete, wenn die bisherige Wohnung mit hinreichender Begründung beibehalten wird. Bis zu 50 Studienplätze pro Jahr werden vergeben. 

Infos und Bewerbung: Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt/M., Mertonstr. 30, 60325 Frankfurt, Tel.: 069 / 77 20 21, E-Mail: AdA@em.uni-frankfurt.de, http://web.uni-frankfurt.de/akademie_der_arbeit/

SING MIT DER DGB-JUGEND

Gib dir eine Stimme!

Es ist wieder so weit! Seit dem 1. Mai 2006 können sich junge MusikerInnen aller Richtungen wieder für den DGB-Jugend-Nachwuchsbandwettbewerb »Gib dir eine Stimme!« bewerben. Voraussetzung: eigene Texte schreiben! Nach einer Vorauswahl der eingesandten Tonaufnahmen findet im Februar 2007 in Berlin das Finale statt. 

Die Bewerbung: Maximales Alter der Bewerber ist 27 Jahre (Durchschnittsalter der Band). Einreichen: Tonaufnahme mit maximal drei Titeln, Infotext über die Band, Foto an den DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin. Einsendeschluss: 1. Dezember 2006

»Großes Problem!«

Das BIBB hat Experten zum Drogenkonsum und Trinkverhalten von Azubis befragt.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat im Zusammenhang mit der Analyse von Ausbildungs- und Berufsverläufen eine Studie zum Verhältnis von Alkohol- und illegalem Drogenkonsum und Ausbildungsschwierigkeiten durchgeführt.

Ziel: die Relevanz des Themas Alkohol und Drogenkonsum bei Auszubildenden und jungen Berufstätigen in Unternehmen und Betrieben sowie bei betrieblichen Experten wie Betriebsinhabern, Vorgesetzten, Ausbildern und Sozialberatern zu untersuchen.

Im Zentrum der insgesamt 79 Interviews stand die Frage, ob Alkoholkonsum und der Konsum illegaler Drogen bei Auszubildenden und jungen Berufstätigen ein relevantes, ernstzunehmendes Thema in den Betrieben ist, ob Alkohol- und illegaler Drogenkonsum unter jungen Mitarbeitern in den Betrieben in relevanter Menge vorkommt und ob es gegebenenfalls berechtigt ist, dem Phänomen Alkohol- und illegaler


Drogenkonsum in der Ausbildung intensiver nachzugehen.

Die Antwort lautet uneingeschränkt: ja. Alkohol- und illegaler Drogenkonsum kommen bei jungen Mitarbeitern in den Betrieben in ernstzunehmender Häufigkeit und Intensität vor!

Danach schätzt die Mehrzahl der Befragten (18 von 58 Nennungen), dass bei mehr als zehn Prozent der jungen Mitarbeiter ein regelmäßiger Alkoholkonsum vorliegt – wobei die Schätzungen bis zu 70 Prozent gehen. Ähnlich viele (15) Befragte schätzen immerhin noch bis zu zehn Prozent der jungen Mitarbeiter als regelmäßige Alkoholkonsumenten ein; deutlich weniger (11) schätzen bis zu fünf Prozent als solche ein. Nicht wenige (14) Befragte sprechen von »Ausnahmen«.

Vom regelmäßigen Konsum illegaler Drogen sind nach Einschätzung der größten Zahl der Experten nur Ausnahmen betroffen. Nicht ganz so viele sind der Ansicht, dass bis zu fünf Prozent der jungen Mitarbeiter re-

gelmäßig illegale Drogen konsumieren; zehn Experten schätzten den Anteil auf bis zu zehn Prozent ein und weniger als die Hälfte der Experten schätzten ihn noch höher ein, wobei in Ausnahmefällen Angaben bis zu 50 Prozent gemacht werden. Bemerkenswert: Ein relativ großer Teil der Befragten weiß nicht, ob von den Jugendlichen regelmäßig illegale Drogen konsumiert werden!

Interessant: Häufigkeit und Verbreitung des Konsums von Alkohol und illegalen Drogen wird von den Befragten aus dem Ausbildungsbereich tendenziell als geringer eingeschätzt als von Befragten, die in der Sozialberatung der Betriebe tätig sind – obwohl auch Ausbilder ein drastisches Bild der Situation zeichnen. Stellvertretend dafür steht die Aussage eines Ausbildungsleiters: »Alkohol- und illegaler Drogenkonsum sind auch unter Auszubildenden ein großes Problem. Wer das abstreitet, kennt seine Auszubildenden nicht.« 

www.bibb.de/de/23581.htm

Arbeit ist gefährlich

Und Jugendliche sind besonders bedroht! OSHA ruft zum Videowettbewerb »Starte sicher« auf.

Junge Leute bei der Arbeit bilden den Schwerpunkt der diesjährigen Kampagne, da sie ein 50 Prozent höheres Risiko eines Arbeitsunfalls haben als irgendeine andere Gruppe«, sagt Hans-Horst Konkolewsky, der Direktor der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz (OSHA) am Arbeitsplatz.

Im Rahmen der Kampagne »Starte sicher!« will die Agentur Risikobewusstsein in Unternehmen, Schulen und Hochschulen in ganz Europa fördern – auch mit einem Videowettbewerb.

Das tut not: Auch Zahlen von Eurostat zeigen, dass junge ArbeitnehmerInnen einem erheblich höheren Risiko für Arbeitsunfälle ausgesetzt sind als andere Arbeitnehmer. Beispiel gefällig? Ein 16-jähriger Arbeiter brach sich das Bein in den ersten zwei Stunden seines ersten Arbeitstags. Er war vom Ganglech eines 18-Tonnen-Müllautos heruntergefallen, auf dem er auf der

Außenseite des Fahrzeugs mitfuhr. Eine 17-Jährige verlor einen Teil ihres Fingers eine Stunde nach Antritt ihres Ferienjobs in einer Bäckerei. Ihre Finger wurden in einer Maschine zerquetscht. Derartige Unfälle ereignen sich täglich und sind eine Bedrohung für die rund 58 Millionen jungen Menschen in der EU.

In Deutschland betrifft nahezu jeder fünfte Arbeitsunfall (19,6 Prozent) die 15- bis 24-Jährigen. Im Jahr 2004 wurden über 165.000

meldepflichtige Unfälle in dieser Altersgruppe registriert – statistisch gesehen pro Sekunde fast zwei Unfälle am Arbeitsplatz. Branchen mit hohen Unfallraten von jungen Leuten sind Handel und Verwaltung (27 Prozent aller Unfälle im Jahr 2004), Metall (20 Prozent) und Bau (17 Prozent).

Der Grund: Junge Menschen sind nur wenig für die Unfallrisiken am Arbeitsplatz sensibilisiert und kennen oft die angemessenen Vorsichtsmaßnahmen nicht. Manchmal werden ihnen auch Aufgaben aufgetragen, die ihre Fähigkeiten übersteigen, oder sie werden ungenügend geschult oder beaufsichtigt.



Die Kampagne soll deshalb »das Risikobewusstsein und die Gefahrenprävention in Unternehmen, Schulen und Hochschulen fördern«. Darin enthalten sind Informationen zu Fragen der Sicherheit und Gesundheit junger Menschen, zur Unfallverhütung und die Einbeziehung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit und in der Ausbildung. [5]

Infos zur Kampagne gibt's unter: <http://osha.eu.int/youngpeople>

OSHA-WETTBEWERB

Europäischer Jungfilmer des Jahres

Die Video-Beiträge müssen durch einen Verantwortlichen einer Schule bzw. Hochschule eingereicht werden. Beiträge einzelner Jugendlicher werden nicht berücksichtigt. Der Beitrag ist auf fünf Minuten begrenzt. Zugelassen sind Jugendliche, die am 30. September 2006 noch keine 19 Jahre alt sind.

Sie sind aufgerufen, einen kurzen Dokumentarfilm, einen Spielfilm, einen Fernsehwerbespot, eine Reportage, Musik oder Animation zu drehen – wodurch auch immer das Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit am besten vermittelt wird –, um den Arbeitsplatz, die Menschen bei der Arbeit und einige der potenziellen Gefahren und Risiken bei der Arbeit auf Film festzuhalten. [5]

Bewerbungsschluss: 30. September 2006.

Teilnahmebedingungen: <http://ew2006.osha.eu.int>

DGB: Terrornetzwerke ausheben

Neues überregionales gewerkschaftliches Anti-Nazi-Bündnis gegründet.

Die Vorsitzenden der DGB-Bezirke Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, DGB-West (Rheinland-Pfalz und Saarland), Dietmar Muscheid, und Baden-Württemberg, Rainer Bliesener, haben im April 2006 anlässlich eines gemeinsamen Gesprächs in Frankfurt/M. die Genehmigungs- und Landesbehörden dazu aufgerufen, entschiedener gegen rechtsextreme und neofaschistische Aktivitäten und Tendenzen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg vorzugehen. Dem »Aufstand der Anständigen« müsse nun der »Aufstand der Zuständigen« folgen. Politische Versäumnisse dürften nicht immer wieder auf dem Rücken der Polizei ausgegossen werden. Die Politik sei gefordert,

dafür Sorge zu tragen, dass die geplanten Aufmärsche, z.B. in Heppenheim und Weinheim, nicht stattfinden und ein Ausweichen nach Rheinland-Pfalz verhindert werde.

Es könne nicht angehen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, »dass Aufmärsche von NPD und anderen Rechtsextremisten immer wieder genehmigt würden und aktive Bürgerinnen und Bürger dann dafür sorgen müssten, dass das Bild einer demokratischen Bundesrepublik Deutschland nach außen sichtbar bleibt«.

So hat am 1. Mai in Heppenheim unter dem Dach der Initiative »Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« im Landkreis Bergstraße und in Weinheim ein demokratisches Bündnis von Bürgerinnen

und Bürgern, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Schülerinnen und Schülern gegen den Aufmarsch von Neonazis demonstriert.

Der Raum Kurpfalz, die Bergstraße, das südliche Rheinland-Pfalz (Ludwigshafen, Pirmasens) und Teile des Westerwaldes (Mariefels) haben sich laut DGB mittlerweile zu Nazi-Nestern entwickelt. Kameradschaften, rechtsextreme und neofaschistische Parteien seien in dem Dreieck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Südhessen eng vernetzt. Neonazi-Aufmärsche, rechtsextreme Konzerte, die Verwüstung jüdischer Friedhöfe und die Zunahme von antisemitischen Schmierereien machten deutlich, dass es in der Region aktive rechte Strukturen gebe. [5]

Infos: www.dgb-bw.de/jugend/

Massen-hafter Erfolg

Nach massiven Protesten hat die französische Regierung ihren Ersteinstillungsvertrag CPE zurückgezogen. Ein Fazit von Bernhard Schmid.

So etwas würde man einen »Marketing-Super-GAU« nennen – handelte es sich um ein neues Produkt, das auf den Märkten lancieren werden soll: Kaum hatte zu Anfang dieses Jahres das neue Kürzel CPE von sich reden gemacht, also die offizielle Abkürzung für den so genannten »Ersteinstillungsvertrag« oder *Contrat première embauche*, da machten auch schon die fantasievollsten Deutungen – unter Benutzung der drei Anfangsbuchstaben – die Runde.

Vom »Contrat pour esclavage« (Vertrag für Sklaverei) sprachen die einen, »Cocktail pour émeutes« (Mischung für Krawalle) antworteten die anderen. Eine Studentin hatte anlässlich einer Demonstration in Paris das schlichte Motto auf ihren Rücken geschrieben: »Cadeau pour exploiteur« (Geschenk für Ausbeuter).

Ähnlich wie in Deutschland, wo der Koalitionsvertrag vom Oktober 2005 vorsieht, Betrieben die Möglichkeit der Einführung einer 24-monatigen Probezeit – ohne Kündigungsschutz während dieser Periode – einzuräumen, wollte auch die konservative französische Regierung am Kündigungsschutz herumschrauben. Doch sah der dortige Premierminister Dominique de Villepin von Anfang an harsche Proteste gegen ein solches Vorhaben voraus und setzte auf »Salamitaktik«: Erst ließ er im August 2005 per Notverordnung der Regierung den so genannten Neueinstellungsvertrag oder CNE (*Contrat de nouvelle embauche*) durchsetzen. Die Möglichkeit, einen solchen Vertrag abzuschließen, der den Kündigungsschutz während der ersten beiden Jahren nach dem Eintritt ins Arbeitsverhältnis aufhebt, ist vom Alter der Beschäftigten unabhängig. Doch ist dieses Instrument für die Arbeiter und Angestellten in kleineren Betrieben bis zu 20 MitarbeiterInnen reserviert.

Ein Artikel in der liberalen Pariser Abendzeitung »Le Monde« vom 31. März 2006 führt eine Reihe von Zeugenberichten auf, die belegen, in welchem Ausmaß Willkür und Erpressbarkeit der Beschäftigten durch das Fehlen des Schutzes gegen Kün-

digungen nach Gusto des Arbeitgebers ermöglicht werden.

Ein paar Auszüge aus Berichten von frisch Gekündigten: »Ich arbeitete ein paar Monate als Fernfahrer, und mein Arbeitgeber hatte kein Geld mehr, um meinen Lohn zu bezahlen.« – »Wir arbeiteten 220 Stunden im Monat statt vertraglich vereinbarter 130 und wurden dann noch als Faulenzer beschimpft« – »Mein Vorgesetzter beschimpfte mich als »dreckigen Araber«, aber der Geschäftsbesitzer zog es vor, lieber mich hinauszuerwerfen, da ihn meine Entlassung billiger kam.«

Als nächste Stufe wollte das Kabinett de Villepin dann einen ähnlichen Vertrag für die unter 26-Jährigen einführen, den CPE, der in den letzten Wochen so umstritten war. Eine scheinbare Rechtfertigung lieferte die hohe Jugendarbeitslosigkeit: Sie beträgt nach gängigen statistischen Angaben 23 Prozent, allerdings erfasst die Statistik nicht all jene 18- bis 24-Jährigen, die noch in der Schule oder einem Studium stecken. Berücksichtigt man ihre Zahl, dann liegt die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe bei acht Prozent – und damit nahe am Durchschnitt.

Hoch ist die Erwerbslosigkeit also vor allem bei jenen Jugendlichen, die aus eher »bildungsfernen« Familien kommen oder sich kein Studium leisten können.

Dabei spielt freilich die Diskriminierung gegen Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund und/oder mit Wohnort in den Banlieues, den Trabantenstädten der französischen Ballungszentren, eine besondere Rolle. Laut Angaben, die die Wirtschaftstageszeitung »La Tribune« am 8. März dieses Jahres veröffentlichte, erhält bei gleichem Qualifikationsniveau und gleicher Anzahl von Bewerbungsschreiben ein französischstämmiger Bewerber 75 Antworten von Firmen und Unternehmen – ein Bewerber maghrebischer Abstammung dagegen nur 14.

Nachdem ein Teil dieser besonders ausgegrenzten und, an den Peripherien der französischen Ballungszentren, auch räumlich an den Rand gedrängten Jugend im Oktober und November vorigen Jahres gewaltsam revoltierte, war die konservative Regierung gezwungen, Antworten zu präsentieren.



Wie im alten Rom: Villepin singt, Arbeitsgesetz brennt

Im Januar 2006 legte Arbeits- und Sozialminister Jean-Louis Borloo dann ein Gesetzespaket vor, das unter dem Namen »Gesetz für Chancengleichheit« präsentiert wurde und die hinter den Unruhen stehenden sozialen Probleme lösen sollte. Dazu gehörte die Einführung des CPE oder »Ersteinstillungsvertrags«.

Wahrscheinlich hat die Regierung de Villepin einen taktischen Fehler begangen, als sie auf die Idee kam, ihr Vorhaben zum Kündigungsschutz sei leichter durchsetzbar, wenn man sich – nach den kaum gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in Kleinbetrieben – die junge Generation gesondert herausgreife. Insbesondere die Jugend hat sich aber als fähig zu Widerspruch und sozialem Widerstand erwiesen und fühlte sich besonders dadurch herausgefordert, dass man sie in

spezifischer, diskriminierender Weise zu attackieren schien. Dominique de Villepin wurde somit zu einem Rückzieher gezwungen. Es handelt sich um die erste gravierende politische Niederlage der konservativen Regierung in ihrer Amtszeit (seit 2002).

Andere soziale Einschnitte und Verschärfungen, wie etwa die Verschlechterung der Renten vor drei Jahren, konnte sie zuvor trotz massiver Proteste »durchziehen«; das auch damals millionenfach auf den Straßen gerufene »Non!« konnte sie damals noch aussitzen. Dieses Mal war es anders. □

Bernhard Schmid ist Journalist und lebt in Paris.



Das dritte Gremium

Für viele Beschäftigte ist das Jahr 2006 ein Jahr der Wahlen – neben JAV und Betriebsrat betrifft das ein wichtiges Gremium: die Schwerbehindertenvertretung.

Und das Wahljahr hat schon angefangen: So wurden turnusgemäß vom 1. März bis 31. Mai 2006 die neuen Betriebsräte gewählt. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) werden in diesem Jahr in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 2006 gewählt.

Damit aber nicht genug: Im gleichen Zeitraum finden die regelmäßigen Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst statt.

Bei der Schwerbehindertenvertretung handelt es sich um eine eigenständige Interessenvertretung, die nicht unter die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) fällt – ihre Rechtsgrundlage bildet vielmehr das Sozialgesetzbuch (SGB) IX. Die Schwerbehindertenvertretung ist berechtigt

und verpflichtet, die Interessen aller im Betrieb/Dienststelle befindlichen schwerbehinderten Menschen – also nicht nur der Arbeitnehmer – zu vertreten. Sie hat ihnen zu helfen und sie – soweit möglich – zu beraten. Genau wie der Betriebs-/Personalrat hat sie die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in den Betrieb zu fördern.

Die Schwerbehindertenvertretung ist verpflichtet, Anregungen und Beschwerden von schwerbehinderten Menschen entgegenzunehmen und darüber mit dem Arbeitgeber zu verhandeln. Ebenfalls ist sie verpflichtet, Maßnahmen, die den schwerbehinderten Menschen dienen (insbesondere der Prävention), beim Arbeitgeber und den außerbetrieblichen Stellen, wie z. B. dem Integrationsamt, zu beantragen. Darüber hinaus überwacht sie die Durchführung aller geltenden Gesetze und Vereinbarungen zugunsten schwerbehinderter Menschen.

Von daher steht der Schwerbehindertenvertretung ein Teilnahmerecht an sämtlichen Betriebs-/Personalratssitzungen und Ausschüssen zu. Genau wie die JAV kann die Schwerbehindertenvertretung die Aussetzung von Betriebs-/Personalratsbeschlüssen verlangen.

Anders aber als der JAV steht der Schwer-

behindertenvertretung in der Betriebs-/Personalratssitzung kein Stimmrecht zu – weil sie genau wie der Betriebs-/Personalrat nach Willen des Gesetzgebers in der Lage ist, selbstständig gegenüber der Arbeitgeberseite ihre Interessen zu vertreten und auch durchzusetzen.

In der Praxis ist eine gute Zusammenarbeit zwischen beiden Gremien nur zu empfehlen, da die Arbeitgeberseite bezüglich der Schwerbehindertenvertretung erhöhte Unterrichts- und Anhörungspflichten hat – so ist die Schwerbehindertenvertretung zur Teilnahme an Vorstellungsgesprächen berechtigt.

Voraussetzungen der Wahl

Gemäß § 94 Abs. 1 SGB IX ist eine so genannte Vertrauensperson und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied in den Betrieben/Dienststellen zu wählen, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt sind.

Der Begriff Betrieb/Dienststelle entspricht den Vorgaben des Betriebsverfassungsgesetzes/Bundespersonalvertretungsgesetzes, wobei hier auch die durch Tarifvertragsparteien/Betriebspartner gem. § 3 Abs. 5 BetrVG gebildeten Organisationseinheiten bei der Wahl der Schwerbehindertenvertretung zu beachten sind.

Die Voraussetzung der »nicht nur vorübergehenden Beschäftigung« bedeutet, dass ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten Beschäftigung vorliegen muss.

Ebenfalls wichtig: Bei der Ermittlung der Anzahl der Beschäftigten zählt zwar der Arbeitgeber/Dienststellenleiter nicht mit, aber auf jeden Fall die vom Betriebsrat nicht vertretenen so genannten leitenden Angestellten.

Wer darf wählen?

Jeder dem Betrieb/der Dienststelle am Wahltag angehörende schwerbehinderte Mensch ist wahlberechtigt – also z. B. auch Jugendliche. Auch die so genannten Gleichgestellten dürfen mitwählen.

Für das aktive Wahlrecht ist nicht entscheidend, ob ein Arbeitsverhältnis vorliegt, sondern ob der Betreffende im Betrieb/in der Dienststelle beschäftigt ist.

Wichtig: Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts steht auch Schwerbehinderten, die an Maßnahmen zur Rehabilitation in einem privatwirtschaftlichen Berufsbildungswerk teilnehmen, das Wahlrecht zu, so dass die leider von der Betriebsrats-/JAV-Wahl ausgeschlossen Rehabilitanden zumindest eine offizielle Interessenvertretung haben.



Der JAV-Ratgeber.
Mit Wolf-Dieter Rudolph

Wer darf sich wählen lassen?

Das passive Wahlrecht stellt nicht auf anerkannte Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung ab. Vielmehr können alle Beschäftigten zur Vertrauensperson bzw. zum stellvertretenden Mitglied gewählt werden, die am Wahltag volljährig sind und sechs Monate dem Betrieb/der Dienststelle angehören. Allerdings dürfen die Kandidaten auch nicht nur vorübergehend beschäftigt sein (s.o.).

Hinweis: Im Geltungsbereich des BetrVG besteht die Unvereinbarkeit des Betriebsrats und JAV-Amtes. Eine solche Bestimmung existiert im SGB IX nicht, so dass der Schwerbehindertenvertreter selbstverständlich auch dem Betriebs-/Personalrat oder der JAV angehören kann.

Die Durchführung der Wahl entspricht in vielen Punkten der des Betriebsrats. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass die Schwerbehindertenvertretung und stellvertretende Mitglieder in zwei getrennten Wahlgängen gewählt werden.

Die amtierenden Schwerbehindertenvertretungen sind, um eine Kontinuität ihrer Arbeit zu sichern, gehalten, sich rechtzeitig um die Durchführung der Wahl zu kümmern. Sollten weniger als 50 Wahlberechtigte beschäftigt sein, wird die Wahl im so genannten vereinfachten Verfahren durchgeführt, wobei spätestens drei Wochen vor Ablauf der Amtszeit zur Wahlversammlung eingeladen werden muss. Sind mehr als 50 Wahlberechtigte beschäftigt, so muss die Schwerbehindertenvertretung spätestens acht Wochen vor Amtszeitablauf den Wahlvorstand bestellen.

Betriebsrat und JAV sollten sich bereits im Vorfeld informieren, ob hier alles seinen regulären Gang geht – so ist gewährleistet, dass auch künftig neben den Betriebs-/Personalrat eine zweite starke Säule der Interessenvertretung im Betrieb oder in der Dienststelle vorhanden ist!

**...schwerbehinderten Menschen
– also nicht nur der Arbeitnehmer
– zu vertreten.**

Düstere Aussichten

Jung, arbeitslos, hoffnungslos: Die langjährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie.

Sie waren 16 Jahre alt, als die Wende kam, sind heute 33 und stehen dem politischen System der Bundesrepublik überwiegend skeptisch gegenüber: die jungen Frauen und Männer des Jahrgangs 1972/73, die sich Jahr für Jahr an der »Sächsischen Längsschnittstudie« beteiligen. Das bundesweit einmalige soziologische Projekt wurde bereits 1987 in der DDR begonnen und bis heute fortgesetzt. Jetzt ist die 19. Erhebung abgeschlossen.

Und sieht nicht gut aus, wie der leitende Leipziger Sozialforscher Peter Förster meint: »Fast anderthalb Jahrzehnte haben nicht ausgereicht, um einen großen Teil der Befragten politisch für das neue Gesellschaftssystem einzunehmen.«

Die Teilnehmer der Langzeit-Studie, die sich in den ersten Jahren (vor der Wende)

noch vorsichtig distanziert zur Politik der SED geäußert hatten, sind nun mehrheitlich enttäuscht über das neue System. Wichtigste Ursache dafür ist die »Grunderfahrung Arbeitslosigkeit«. Mehr als 60 Prozent der 419 im Jahr 2003 Befragten waren bis zu ihrem 30. Lebensjahr mindestens einmal arbeitslos, die Hälfte mehrmals.


Die wichtigsten Trends:

□ Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutschland werden noch immer überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird mehr und mehr zu einer Utopie.

□ Die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation ist von Jahr zu Jahr geringer geworden und geht jetzt gegen Null.

□ Das Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist nur sehr gering entwickelt. Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit der gesellschaftlichen

Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück – Trendwende nicht in Sicht.

□ Die Zukunftszuversicht der Befragten, ihre gesamte Lebensgrundstimmung wird durch eine Vielzahl von Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen. Vor allem die psychisch stark belastenden existenziellen Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage, vor den Auswirkungen von Hartz IV sowie vor weiteren Reformen der Regierung haben erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System. Als Alarmsignal ist zu werten, dass rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen sich bereits im Alter von 32 Jahren von Armut im Alter bedroht fühlen! 

Ergebnisse: www.linksnet.de/

Die Studie im Download: www.rosalux.de

Junge Gruppe in Potsdam


Im Zentrum der 12. GdP-Bundesjugendkonferenz: Die Ausbildungs- und Übernahmesituation.

Wir bleiben am Ball: einstellen, ausbilden und übernehmen!« lautete das Motto der 12. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die vom 8. bis 10. Mai 2006 in Potsdam stattfand. 111 Delegierte aus 16 GdP-Landesbezirken sowie den Bezirken Bundespolizei und Bundeskriminalamt diskutierten die soziale und berufliche Situation junger Polizeibeschäftigter. Dabei galt die Hauptaufmerksamkeit der jungen Gewerkschafter der Situation der Auszubildenden bei der Polizei.

In zahlreichen Anträgen thematisierten die Delegierten darüber hinaus eine wirksamere Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung und die verbesserte Integration von Zuwanderern. Aber auch polizeiliche und beamtenrechtliche Forderungen standen auf der Tagesordnung: mehr Ausbildungsplätze in der Polizei, Übernahme aller Auszubildenden in den Polizeidienst und Festschreibung der Übernahmegarantie in den entsprechenden Tarifverträgen und Beamtenengesetzen, die Fortführung der zweigeteilten Laufbahn, eine interne bedarfsorientierte Ausbildung zum gehobenen Poli-

zeivollzugsdienst mit dem Status Beamter auf Widerruf. Und: eine angemessene Besoldung.

Die »Junge Gruppe in der GdP« vertritt rund 34.000 in der Gewerkschaft der Polizei

organisierte Polizeibeschäftigte im Alter bis 30 Jahre. Auf ihrer 12. Bundesjugendkonferenz wählten die »U 31-Delegierten« zudem einen neuen Bundesjugendvorstand mit Sascha Göritz als Vorsitzendem. 

VON DRAUSSEN

»Respect our Future«


Am 17. und 18. April 2006 fand – zum zweiten Mal in Duisburg – die Jugendmesse »Respect our Future« im Landschaftspark Duisburg-Nord statt. Auf dieser nicht-kommerziellen Veranstaltung der Aktion Mensch erhielten junge Leute die Möglichkeiten, sich in verschiedenen Bereichen wie Musik, Politik, Tanz, Style, Umwelt und Beruf zu informieren.

Als einer der Kooperationspartner dieser Aktion, war auch die DGB-Jugend mit der Jugendbildungsreferentin Çigdem Gülen vor Ort vertreten.

Die DGB-Jugend bot zwei Workshops an: »Der erste Eindruck beim Chef oder der Chefin! Sprache, Gestik und Mimik gekonnt einsetzen«. In diesem recht gut besuchten Seminar trainierten die Jugendlichen anhand von Rollenspielen das richtige Auftreten bei Be-

werbungsgesprächen. Wer wollte, konnte sogar das Gespräch auf Kamera aufzeichnen lassen, um sich selbst später beurteilen und Verbesserungsvorschläge leichter nachvollziehen zu können. Der Workshop wurde von den TeilnehmerInnen sehr positiv aufgenommen, so dass die Zeit sehr sinnvoll genutzt und den Jugendlichen eine Menge an zahlreichen Informationen mit nach Hause gegeben werden konnte.

Im zweiten – ebenfalls gut besuchten – Workshop mit dem Thema »Auch du hast Recht(e)! Mitmischen in der Arbeitswelt« wurde alles rund um das Thema Ausbildung besprochen. Die Jugendlichen erfuhren, wie Stundenlöhne zustande kommen und wer sich für sie in ihrer Ausbildung einsetzt.

Fazit: Die DGB-Jugend konnte sich auf der Messe positiv präsentieren! 

DGB-Jugend Niederrhein

WEBTIPP DES MONATS

»Die ersten Schritte, das erste Mal auf dem Fahrrad, im Auto, der erste Mausklick – das erste Mal ist viel schwieriger, wenn wir keine Unterstützung haben. Das erste Mal auf dem Arbeitsmarkt mit Unterstützung deiner Gewerkschaft macht vieles einfacher«: Warum und wozu es in Europa Gewerkschaften gibt, erklärt die Startseite des Jugendportals des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB – lange mussten wir ohne sie auskommen. Nun bietet sie einen zweisprachigen (englisch/ französisch) Service für junge Gewerkschafter. Und, besonders wichtig: Viel Platz für Good-Practise-Projekte. Also: Alles einstellen und verlinken, was besonders gut läuft.



<http://youth.etic.org>

+ **Die Ruhrfestspiele feiern ihren 60. Geburtstag!** Stücke von Shakespeare, Beckett und Tabari stehen auf dem Programm. Und: Schauspieler Kevin Spacey ist als Richard II. zu sehen!

Vom 1. Mai bis 11. Juni 2006.
Alle Infos: www.ruhrfestspiele.de



+ **Die Jugend als Ausstellungsobjekt:** Medialisierung, Individualisierung und Kommerzialisierung bringen eine stetig wachsende Vielfalt jugendlicher Szenen hervor. Die meisten davon gibt es derzeit in der Frankfurter Kunsthalle Schirn zu besichtigen.

»Die Jugend von heute«. Ausstellung, bis 25. Juni 2006. Di, Fr, So 10–19, Mi, Do 10–22 Uhr. Schirn Kunsthalle Frankfurt, Römerberg, 60311 Frankfurt/M., Tel.: 069 / 29 98 82 0, www.schirn-kunsthalle.de

+ **Das wichtige Buch:** Seit 2002 gilt in Deutschland das neue Prostitutionsgesetz, das die rechtliche und soziale Situation der freiwillig tätigen Prostituierten verbessern soll. Wie sich das aus gewerkschaftlicher Sicht darstellt, wird in dem Sammelband »Prostitution und Frauenhandel« differenziert und parteilich diskutiert.



Emilija Mitrovic (Hg.): Prostitution und Frauenhandel. Die Rechte von Sexarbeiterinnen stärken! Ausbeutung und Gewalt in Europa bekämpfen! VSA-Verlag, Hamburg 2006, 160 S., 12,80 Euro

+ **Was jetzt noch fehlt, bist du:** Vom 2. bis 5. Juni 2006 findet das Bundesjugendtreffen der IG BAU in Rosdorf-Dahlenrode statt. Drei Tage diskutieren, feiern, flachsen und flirten. Motto: Solidarität sprengt alle Grenzen. Daher sind auch Gäste von anderen Gewerkschaften willkommen. www.igbau.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Abowerwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)
Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Diskutieren, Argumentieren, Gespräche führen
In diesem Seminar wird ausführlich behandelt, wie Gespräche erfolgreich geführt und Argumente effektiv präsentiert werden – kurz: wie man sich nicht aus dem Konzept bringen lässt. Wesentliche Elemente wie Argumentationstechniken, Interaktion und aktives Zuhören werden mit Videoauswertung praxisnah erprobt.

23. bis 26. Juni 2006. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode TAK 606268506

Aktions- und Kampagnenplanung
Kampagnen sind eine zeitgemäße Antwort auf Veränderungen in Unternehmen und Gesellschaft. Dabei wird es verstärkt auf die örtliche und betriebliche Ebene ankommen. In diesem Seminar werden entsprechende Kompetenzen vermittelt. Schwerpunkt: Mitgliederwerbung.

26. bis 30. Juni 2006. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode POL 606278547
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	